



# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 30. März 2016

71. Jahrgang/Nr. 74

Berlinausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

Foto: imago/IPON



## STANDPUNKT

### Kürzer ist länger

Jörg Meyer über den Streit um Arbeitszeit

Die Forderung nach dem Ende des Acht-Stunden-Tages wird von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) regelmäßig gestellt. Nach ersten Attacken vor einem guten halben Jahr scheint der Kampf um Arbeitszeit erneut eröffnet.

Unstrittig ist: Die Digitalisierung schreitet voran. Neue Arbeitsbeziehungen erfordern neue Regeln. »Flexible Arbeitszeit« wird vom Reizwort zur Chance, wenn die damit umschriebenen Verhältnisse immer unsicherer werden. Beschäftigte wollen weniger arbeiten, sich die Zeit dafür aber flexibler einteilen. Unstrittig ist auch, dass die Arbeitsbelastung steigt – und damit die Zahl arbeitsbedingter Erkrankungen. Wie man sich dann hinstellen und eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit sowie die Möglichkeit, teilweise zehn Stunden zu arbeiten, fordern kann, ist unverständlich.

Was wir nicht brauchen ist ein System, in dem sich die Menschen immer länger kaputtarbeiten, bis sie 70 oder mehr Jahre alt sind. Wir brauchen Modelle, nach denen Arbeit und Fachwissen, verteilt auf viele Schultern, zu vernünftigen Löhnen mit Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, rechtzeitig an eine jüngere Generation weitergegeben werden. Die aus dem Berufsleben Ausgeschiedenen sollen schließlich noch etwas von ihrem Ruhestand haben. Wenn BDA-Chef Kramer in Zeitungsberichten befürchtet, das System könnte zusammenbrechen, wenn das Rentenalter nicht erneut heraufgesetzt würde, dürfte das vielen als eine Wunschvorstellung erscheinen.

## UNTEN LINKS

Archäologen haben Shakespeares Grabstätte in Stratford-upon-Avon mit einem Radargerät untersucht und dabei im Kopfbereich eine »seltsame Störung« festgestellt. Lebte der Dichter noch, würde das Messergebnis kaum Verwunderung stiften. Wie denn anders als mit einer Normabweichung im Hirnbereich wäre das Zustandekommen all der irrwitzigen Dramen um blutrünstige Familienfehden zu erklären, die diesem Engländer zugeschrieben werden und die bis heute die Bühnenbretter bröseln lassen? Aber Shakespeare, so heißt es, ist seit 400 Jahren tot. Statt nun Überlegungen über das Joch der Sterblichkeit und das heimliche Fortwirken der Verblichenen anzustellen, wie Hamlet es tat, als er den Totengräbern über die Schulter lugte, fällt den einfältigen Archäologen der Jetztzeit nichts anderes ein, als Shakespeares Schädel für vermisst zu erklären. Eine »seltsame Störung« im Kopfbereich: einst Ursprung unsterblicher Kunst, jetzt schnödes Indiz gähnender Leere. *mha*

# Billigeinstieg für Flüchtlinge

Ein-Euro-Jobs und Freiwilligendienste geben Neuankömmlingen Beschäftigung



Alternative zum Ein-Euro-Job: Beim Berliner Verein Cucula erlernen Flüchtlinge berufliche Fähigkeiten und die deutsche Sprache.

Foto: imago/Christian Mang

Berlin. Fast 4000 geflüchtete Menschen arbeiten in der Bundeshauptstadt in Ein-Euro-Jobs. Diese Zahl gab Berlins Sozialsenator Mario Czaja (CDU) am Dienstag bei einem Besuch in einer Asylbewerberunterkunft bekannt. Die Menschen verrichten vor allem gemeinnützige Arbeiten in Flüchtlingsheimen. Dort helfen sie in der Küche, bei der Essensausgabe oder der Kinderbetreuung. Zudem unterstützen sie Reinigungskräfte. Laut Berliner Senat sollen in möglichst kurzer Zeit 1000 neue Stellen dieser Art geschaffen werden.

So steht es auch im »Masterplan Integration und Sicherheit«, mit dem das Bundesland

Berlin die Arbeitsmarktintegration vorantreiben will. Um die Qualifikationen der Menschen zu ermitteln, hat Berlin als bundesweiter Vorreiter spezielle Anlaufstellen in Flüchtlingsunterkünften eingerichtet. Dass Geflüchtete nur über Ein-Euro-Jobs oder über den Bundesfreiwilligendienst beschäftigt werden sollen, stößt in der Hauptstadt etwa bei der Linkspartei auf Kritik.

Auch Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) sieht in den sogenannten Arbeitsgelegenheiten eine Chance, Flüchtlinge in Jobs zu bringen. Nach einem Bericht der »Welt« will die SPD-Politikerin insgesamt

100 000 Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge schaffen. Darauf hat sich die Bundesministerin in der vergangenen Woche mit Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) geeinigt, der dafür 300 Millionen Euro zur Verfügung stellen will. Unterstützt werden die Pläne dem Blatt zufolge von Städten und Landkreisen sowie den Jobcentern, die für die Flüchtlinge zuständig sind, sobald ihr Asylantrag bewilligt wurde.

In Berlin zeigen unterdessen private Initiativen, dass es auch andere Wege gibt, Arbeitsplätze für geflüchtete Menschen zu schaffen. *mkr*

Seite 2

## Erdogan fordert Satire-Stopp in Deutschland

Botschafter in Ankara wegen einer NDR-Fernsehsendung einbestellt

Istanbul. Das türkische Außenministerium hat nach Angaben aus diplomatischen Kreisen in Ankara in einem Gespräch mit dem deutschen Botschafter gefordert, die Veröffentlichung einer NDR-Fernsehsatire zu stoppen. Botschafter Martin Erdmann war vergangene Woche wegen eines knapp zweiminütigen Films über den türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan in der Sendung »extra 3« ins Außenministerium einbestellt worden. Man habe die Ausstrahlung verurteilt, hieß es am Dienstag in den türkischen diplomatischen Kreisen. Die Satire war am 17. März in der ARD zu sehen.

Die Opposition im Bundestag hat das Schweigen der Bundesregierung zum Protest der türkischen Regierung kritisiert. »Das laute Schweigen der Bundesregierung über den zunehmenden Rechtsstaatsverfall in der Türkei wird von der türkischen Regierung offenbar ausgenutzt«, sagte Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth von den Grünen. »Die fatale Abhängigkeit, in die sich die Bundesregierung gegenüber der Türkei begeben hat, muss sofort beendet werden.« Auch die LINKE-Außenpolitikerin Sevim Dagdelen kritisierte die Zurückhaltung der Bundesregierung: »Erdogans Arm reicht mittlerweile bis nach Deutschland. Das Auswärtige Amt muss endlich klar Stellung zur Verteidigung der Pressefreiheit beziehen.« *Agenturen/nd*

Kommentar Seite 4

## Rousseffs Koalition vor dem Bruch

Brasiliens Präsidentin droht die politische Handlungsunfähigkeit

Brasilia. Brasiliens Staatspräsidentin Dilma Rousseff droht Handlungsunfähigkeit. Die Führung ihres wichtigsten Koalitionspartners, die Partei der Demokratischen Bewegung (PMDB), werde den Bruch der Koalition verkünden, so das Portal »O Globo«. Eine Sitzung des Direktoriums der Partei sei für Dienstagmittag (Ortszeit) angesetzt worden. Dies könnte die Amtsenthebung von Rousseff wahrscheinlicher machen.

Seit 2003 ist die von Vizepräsident Michel Temer geführte PMDB Partner der regierenden linken Arbeiterpartei. Ein Vertrauter Temers, Henrique Alves, reichte am Montag (Ortszeit) bereits seinen Rücktritt als Tourismusminister ein. Die PMDB stellt sieben Minister und hat im Abgeordnetenhaus 68 Mandate. Bei einem Bruch könnte die gesamte PMDB das bereits laufende Amtsenthebungsverfahren gegen Rousseff wegen angeblicher Haushaltstricks und Ungereimtheiten bei ihrer Wahlkampagne 2014 unterstützen. Die Partei stand seit Monaten nicht mehr geschlossen hinter Rousseff. Beobachter rechnen damit, dass Rousseff bereits in wenigen Wochen in dem Verfahren für zunächst 180 Tage suspendiert werden könnte – wenn Abgeordnetenhaus und Senat zustimmen. Dann würde Vizepräsident Temer die Amtsgeschäfte übernehmen. *dpa/nd*

# Kampf um den Normalarbeitstag entbrannt

Unternehmerverband bringt Zehn-Stunden-Tag und Rente über 67 ins Spiel

Die zunehmende Digitalisierung bedeutet für viele Angestellte mehr Stress. Der DGB spricht sich deshalb für ein Recht auf Ausklinken aus.

Von Simon Poelchau

Geht es nach Ingo Kramer, ist der Acht-Stunden-Tag bald passé. »Es sollte zum Beispiel möglich sein, auch einmal über zehn Stunden hinaus zu arbeiten und den Ausgleich hierfür an anderen Tagen zu nehmen«, sagte der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) der Nachrichtenagentur dpa in Berlin. Mit dieser Forderung nach mehr Flexibilisierung will der Lobbyist in den »Arbeitszeitdialog« von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles gehen.

Bis Ende des Jahres will die SPD-Frau mit Unternehmensvertretern, Gewerkschaftern und Kirchenvertretern darüber diskutieren, wie die Zukunft der Arbeit auf

Grund der zunehmenden Digitalisierung aussehen könnte. »Die Tätigkeiten und die Ansprüche sowohl der Arbeitgeber als auch der Beschäftigten ändern sich fundamental«, so Nahles kürzlich. Man brauche »einen neuen Flexibilitätsskompromiss in der Tradition der Sozialen Marktwirtschaft, der neue Sicherheiten mit mehr Flexibilität für Betriebe und Beschäftigte zusammenbringt.«

Für die LINKE kommt eine Flexibilisierung im Sinne Kramers nicht in Frage. »Der Arbeitsalltag vieler Beschäftigter wird seit Jahren von steigendem Arbeitsdruck und Jobsunsicherheit geprägt. Viele arbeiten jetzt schon in zwei oder drei Jobs und rund um die Uhr. Stress und Krankheiten nehmen zu«, so die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag, Sabine Zimmermann, gegenüber »nd«. Die Forderungen der Arbeitgeber, mehr als zehn Stunden Arbeit täglich und mehr als 48 Stunden in der Woche zu le-

galisieren, liefen auf eine Rückkehr ins 19. Jahrhundert hinaus.

Die meisten Angestellten wollen zwar flexibler arbeiten – aber nicht mehr, wie Kramer fordert,

»Jeder muss die Möglichkeit haben, sich aus der Arbeit auch wirklich in Freizeit auszuklinken.«

Annelie Buntenbach, DGB

sondern weniger. So erklärten bei einer Umfrage des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zwei Drittel der Befragten, die Vollzeit arbeiten, kürzer treten zu wollen. Gleichzeitig arbeiten 60 Prozent aller Beschäftigten regelmäßig länger als vereinbart.

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach spricht sich deshalb für ein »Recht auf Log-

Off« aus. »Jeder muss die Möglichkeit haben, sich aus der Arbeit auch wirklich in Freizeit auszuklinken«, sagte sie der dpa. Der Sozialverband SoVD warnt in einer Stellungnahme, dass die Digitalisierung »eine komplette Entgrenzung und Verdichtung von Arbeit bedeuten« könne, »die zu einer hohen psychischen Belastung führt«.

Doch die Unternehmen wollen nicht nur flexiblere Angestellte, sondern auch Mitarbeiter, die später in Rente gehen. »Das Arbeitsleben wird länger gehen müssen, sonst bricht am Ende das System zusammen«, so Kramer gegenüber der Funke Mediengruppe. »Wir müssen uns darauf einstellen, dass wir irgendwann nicht mehr mit 67 Jahren in Rente gehen können.« Für die Arbeitsmarktpolitikerin Zimmermann ist dies jedoch nicht realistisch. Schließlich würden dies angesichts von steigendem Arbeitsdruck und Jobsunsicherheit immer weniger schaffen.



► Lesen Sie heute im Ratgeber

Mehr Rente in Ost und West: Nach dem Rekordplus 2016 geht es nicht so weiter

Fortbildung: Unangemessene Staffelung der Rückzahlung

Sind Scheidungskosten steuerlich absetzbar?